

WOHNUNGSMANGEL IN DEUTSCHLAND IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2025? URSACHEN, FOLGEN UND LÖSUNGSANSÄTZE

Veröffentlicht am Februar 17, 2025 von Schwabing Dog



Kategorie: [Deutschland](#)

Stichworte: [Deutschland](#), [Wohnungsmangel](#), [Wohnungspolitik](#)



schwabingdog.de

Die Wohnkrise als zentrales Thema der Bundespolitik

Mit jedem Jahr scheint sich das Problem des Wohnungsmangels in Deutschland zu verschärfen. Während die Bevölkerung weiter wächst und sich verändert, gerät der deutsche Wohnungsbau immer weiter hinterher. Besonders in den Ballungszentren und Universitätsstädten fehlt es dringend an bezahlbarem Wohnraum, was zu steigenden Mieten, sozialer Segregation und einer zunehmenden Zahl von Obdachlosen führt.

Die Gründe für die aktuelle Wohnkrise sind vielfältig und ineinander verwoben:

- Nachholbedarf durch Bevölkerungswachstum

Die deutschen Städte wachsen weiter, während ländliche Regionen leeren. Dies führt zu einem enormen Druck auf die Wohnraumversorgung in den Metropolen.

- Rückgang des Sozialwohnungsbestands

Seit 1987 ist die Zahl der Sozialwohnungen dramatisch gesunken - von damals 5,5 Millionen auf heute etwa 1,5 Millionen. Jährlich fallen weitere 100.000 Wohnungen aus der Mietpreisbindung heraus.

- Komplexe Baustandards

Die Vielzahl an Vorschriften und Auflagen erschwert den Wohnungsbau und treibt die Kosten in die Höhe.

- Verändernde Familienstrukturen

Der Trend zu Singlehaushalten nimmt weiter zu - über 41% aller Haushalte bestehen heute aus nur einer Person.

- Spekulativer Immobilienmarkt

Niedrige Zinsen und hohe Renditen machen Wohnimmobilien attraktiv für private und institutionelle Investoren, die oft spekulativ vorgehen.

- Zweckentfremdung von Wohnraum

Plattformen wie Airbnb führen dazu, dass Wohnungen zeitweise als Ferienwohnungen genutzt werden statt als dauerhafter Lebensraum.



Folgen der Wohnkrise - mehr als nur hohe Mieten

Die Auswirkungen der Wohnungsnot sind vielfältig und betreffen viele Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens:

- Steigende Mieten belasten die Haushaltsfinanzen
- Soziale Ungleichheit wird verstärkt
- Bildungschancen gefährdet durch Wohnungsnot bei Studierenden

- Anstieg der Obdachlosigkeit
- Segregation in den Städten
- Belastung der Infrastruktur in Ballungsräumen

Lösungsansätze der Parteien - Stand vor der Wahl 2025

SPD:

- Erweiterung der Sozialwohnungsbauten
- Fortsetzung der Mietpreisbremse
- Förderung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften

Grüne:

- Massive Steigerung des Sozialwohnungsbaus
- Begrenzung von Mieterhöhungen
- Einführung eines "Mietspiegels"

CDU/CSU:

- Entbürokratisierung des Baurechts
- Förderung privater Wohninvestments
- Flexibilisierung der Baugenehmigungsverfahren

FDP:

- Abschaffung der Mietpreisbremse
- Schwerpunkt auf marktgerechten Lösungen
- Vereinfachung der Bauvorschriften

Linke:

- Nationalisierung großer Wohnungsbestände
- massive Erweiterung des Sozialwohnungsbaus
- Einführung eines Mietensatzes

AfD:

- Priorität für deutsche Bewerber bei Wohnungen
- Einschränkung von Migrationsströmen
- Förderung kleinerer Bauträger

Analyse vergangener Versprechen

Die Ampelkoalition hatte sich zwar zum Ziel gesetzt, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, erreichte dieses jedoch kein einziges Mal. Besonders kritisch ist hierbei, dass der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen nicht deckend bedient wurde.



Dossier: Mietendeckel jetzt!

Es ist das soziale werden immer weiter erhöht. Besonders in städtischen Gebieten, teilweise um über 20 Prozent innerhalb eines Jahres. Der bezahlbare Neubau dagegen ist nahezu zum Erliegen gekommen. Trotz vorhandener Konzepte für kostengünstiges Wohnen fehlt der politische Wille, diese umzusetzen. Statt einer sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik wird weiterhin auf «den Markt» gesetzt, der jedoch keine Lösungen bietet.

Realistische Lösungsansätze für die Zukunft

Um die Wohnungsnot nachhaltig zu bekämpfen, sind folgende Maßnahmen notwendig:

1. Massive Steigerung des Sozialwohnungsbaus

Ziel sollte sein, bis 2030 mindestens zwei Millionen neue Sozialwohnungen zu errichten.

2. Reform des Baurechts

Vereinfachung der Genehmigungsverfahren und Abbau unnötiger Vorschriften.

3. Kombination öffentlicher und privater Mittel

Kooperation zwischen Kommunen und privaten Investoren kann Synergien schaffen.

4. Stärkung der regionalen Planung

Besserer Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur Koordination der Bemühungen.

5. Bekämpfung der Spekulation

Einführung von Sondertaxen für kurzfristige Immobilientransaktionen.

6. Nutzung digitaler Werkzeuge

Implementierung von Smart-City-Konzepten zur effizienteren Räumlichkeitsnutzung.

7. Förderung innovativer Bauweisen

Unterstützung von Modularbau und anderen modernen Konstruktionstechniken.

Ausblick: Eine gemeinsame Herausforderung

Die Wohnungskrise stellt eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen Deutschlands dar. Ihre Lösung erfordert einen konsequenten, langfristigen Ansatz, der alle politischen Kräfte und gesellschaftlichen Akteure einschließt. Nur so kann gewährleistet werden, dass jeder Mensch in diesem Land eine angemessene und bezahlbare Wohnung findet.

schwabingdog.de

Bisher gibt es noch keine Kommentare.

